

Schmidt-Eenboom, Erich (2017): Ihnen das hässliche Spiegelbild ihres Tuns und Unterlassens vor Augen führen. Interview.

[Das Interview wurde am 03.04.2017 telefonisch geführt.
Die Fragen stellte Klaus Schittich von der AWC/online-Redaktion.]

K.Sch.:

Lieber Erich, du sympathisierst mit unserem pazifistischen Weltbürgertum und bist Mitglied bei AWC Deutschland e.V. Wie geht es dir damit, dass wir von der Verwirklichung unserer Vorstellungen noch weit entfernt sind?

E.Sch-E.:

Wir wissen, dass der Weg zu hohen Zielen ein langer und mühsamer Weg ist. Davon darf man sich jedoch nicht entmutigen lassen. Wir wissen, dass die Fortsetzung der so genannten Realpolitik unendlich viel Leid über Millionen von Menschen bringt und auf lange Sicht unseren Planeten ruinieren würde. Indem wir den Verantwortlichen immer wieder das hässliche Spiegelbild ihres Tuns und Unterlassens vor Augen führen, tragen wir doch hoffentlich unser Scherflein dazu bei, dass dem rasanten technischen Fortschritt und der damit verbundenen Ausplünderung der Erde moralische Grenzen erwachsen.

K.Sch.:

Deine Mitwirkung in der ZDF-Talkshow Maybrit Illner („Erdogans langer Arm - Türkische Spione in Deutschland“) am 30. März fand ich sehr bemerkenswert. Ein provokanter Vorschlag von dir ist der Mediathek des ZDF einen gesonderten Filmausschnitt, ein vom ZDF so benanntes „Highlight“ wert: „Führende MIT-Mitarbeiter ausweisen“.¹

Geradezu elektrisiert hat mich aber, wie du so nebenbei den gängigen, scheinbar unantastbaren Mythos der „Beistandsverpflichtung“ innerhalb der NATO kurz und drastisch entzaubert hast.² Kannst du das für unsere Leserinnen und Leser nochmals wiederholen und erläutern?

E.Sch-E.:

Der erste Kanzler der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, hatte sich einen Automatismus zu massivem militärischen Beistand für den Fall eines Angriffs auf einen Staat der westlichen Militärallianz im NATO-Vertrag gewünscht. Aber die Vereinigten Staaten wollten sich die Entscheidung über Krieg oder Frieden nicht aus der Hand nehmen lassen, fürchteten gar durch den ausgeprägten Anti-Kommunismus in der BRD in eine militärische Auseinandersetzung gezwungen zu werden. Deshalb gibt es im NATO-Vertrag nur eine Beistandsermessenspflicht, wobei das Ermessen vom militärischen Eingreifen – nuklear oder konventionell – bis zum bloßen Beileidstelegramm reicht.

K.Sch.:

Man kann den Mythos der „Beistandsverpflichtung“ in einer Linie mit den Lügen sehen, mit denen Kriege begründet wurden und werden. Warum gibt es so wenige Menschen in der Politik und in den Medien, in Deutschland und anderswo, die diesem Mythos entgegentreten?

E.Sch-E.:

Die Vortäuschung einer Beistandsverpflichtung namentlich durch die USA war ein Vehikel, um zunächst die Wiederbewaffnung voranzutreiben und später die Akzeptanz von US-Truppen in der BRD zu legitimieren.

Unter Donald Trump erleben wir gerade eine Mystifizierung der US-amerikanischen Beistandsleistungen, die in der Tat kaum sachlichen Widerspruch findet. Fakt ist, dass die junge Bundesrepublik unter dem Atom- und anschließenden Verteidigungsminister Franz Josef Strauß am Ende der 1950er Jahre eigene Nuklearwaffen anstrebte. Das haben die USA aus guten Gründen verhindert und als Ausgleich eine potentielle Nukleargarantie angeboten. Es war das politische Ziel Washingtons, die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern.

Im konventionellen Bereich strebten alle amerikanischen Regierungen eine grenznahe Eindämmung der Staaten des Warschauer Vertrags an. Ohne den Frontstaat Bundesrepublik oder mit einer von der Sowjetunion immer wieder ins Spiel gebrachte Entmilitarisie-

rung Gesamtdeutschlands wäre dieses Ziel nicht erreichbar gewesen. Frankreich hätte – namentlich unter Charles de Gaulle – nie der Stationierung von zwei US-Korps auf französischem Boden zugestimmt, das faschistische Franco-Spanien kam nicht infrage und Großbritannien taugte geopolitisch nicht dazu. Zudem war die US-Truppenpräsenz in der BRD weit kostengünstiger als ihr Unterhalt in den Staaten selbst, da Bonn zunächst Besatzungs- und anschließend Stationierungskosten für die Infrastruktur oder Manöverschäden zahlte. Hinzu kamen der große militärische Flächenverbrauch, Umweltzerstörung und Fluglärm als Belastung für die Menschen in Westdeutschland.

Deshalb ist es eine Propagandalüge zu behaupten, die USA hätten ihre starken Heeres- und Luftwaffenverbände ganz und gar uneigennützig in die Bundesrepublik verlegt und nun sei es an der Zeit, durch die Steigerung des Berliner Wehrbeitrags quasi Wiedergutmachung zu leisten.

K.Sch.:

Du bist Geheimdienstexperte und Geheimdienstforscher und sehr gut in den Medien vertreten, vom Fernsehen bis hin zur Bild-Zeitung. Verrätst du uns, wenigstens andeutungsweise, wie du arbeitest?

E.Sch-E.:

Nicht nur andeutungsweise, denn eine gemeinnützige wissenschaftliche Einrichtung wie das Forschungsinstitut für Friedenspolitik e.V. in Weilheim/Obb.³ sollte so transparent wie möglich sein.

Ich lese und verarbeite seit 30 Jahren eine Vielzahl von Büchern, Aufsätzen und Artikeln zu nachrichtendienstlichen Themen. Hinzu kommen der Informations- und Materialaustausch mit Kolleginnen und Kollegen und die Forschung in staatlichen und privaten Archiven in zahlreichen Staaten.

Regelmäßig beziehen mich Film-, Hörfunk-, Print- und InternetjournalistInnen in ihre Recherchen ein. Als Fachberater profitiere ich dabei auch von den Früchten ihrer Arbeit.

Eine wesentliche Stütze ist die darüberhinausgehende investigative Arbeit mit Zeitzeugen und Whistleblowern aus dem Geheimdienstbereich, die häufig nicht nur mündliche Informationen liefern, son-

dern auch unseren Fundus an geheimen Dokumenten kontinuierlich bereichern.

K.Sch.:

Meine letzte Frage: Sind Geheimdienste unumstößlich hinzunehmen oder kannst du dir eine Welt ohne sie vorstellen?

E.Sch-E.:

Solange wir von der von uns angestrebten pazifistischen Weltordnung so weit entfernt sind und solange die Staatengemeinschaft stattdessen auf politische und wirtschaftliche, ja sogar militärische Konfrontationen setzt, haben Nachrichtendienste eine gewisse Berechtigung. Allerdings sollten sie ausschließlich geheime Absichten fremder Regierungen und von Terrororganisationen aufklären, um das Handlungswissen der eigenen Regierung zu stärken. Die Einmischung in Konflikte, ja sogar ihr Schüren, konkurrierende Wirtschaftsspionage und die massenhafte Ausspähung von Bürgerinnen und Bürgern sollte jedoch so schnell wie möglich durch internationale, völkerrechtlich verbindliche Verträge abgeschafft werden.

K.Sch.:

Und die allerletzte Frage: Wann dürfen wir uns auf ein neues Buch von dir freuen?

E.Sch-E.:

Schon sehr bald. Zusammen mit meinem italienischen Kollegen Christoph Franceschini und dem dänischen Geheimdienstforscher Thomas Wegener Friis habe ich das Buch „Spionage unter Freunden. Partnerdienstbeziehungen und Westaufklärung der Organisation Gehlen und des BND“ geschrieben. Es räumt - basierend auf zahlreichen geheimen Dokumenten - mit dem Mythos auf, dass es vom Ende der 1940er Jahre bis heute freundschaftliche nachrichtendienstliche Beziehungen zwischen Deutschland und einer großen Reihe politisch befreundeter Staaten gab und gibt. Vielmehr waren und sind die so genannten Partnerdienstbeziehungen weitgehend von gegenseitigem Misstrauen und Konkurrenz bestimmt. Das Buch erscheint Ende April 2017 im Berliner Ch.-Links-Verlag (ISBN 978-3-86153-946-9).

K.Sch.:

Herzlichen Dank, lieber Erich, alles Gute weiterhin für dich und deine Arbeit. Dürfen wir wieder einmal mit dir als Referent bei einer Tagung von AWC Deutschland e.V. rechnen? Vielleicht sogar schon diesen Herbst?

E.Sch-E.:

Im Sommer und im Herbst dieses Jahres unternehme ich einige Lesereisen zur Vorstellung des neuen Buchs. Da sollte es möglich sein, mit diesem Thema auch bei einer Tagung meines AWC Deutschland e.V. in Freiburg aufzutreten.

Anmerkungen der Redaktion:

¹ Ausschnitt in der ZDF-Mediathek nicht mehr verfügbar.

² Im Video: von 37'46" bis 38'04", Video in der ZDF-Mediathek bis 30.06.2017 verfügbar: <https://www.zdf.de/politik/maybrit-illner/erdogans-langer-arm-tuerkische-spione-in-deutschland-sendung-vom-30-maerz-2017-100.html>

³ <http://www.geheimdienste.info> , E. Schmidt-Eenboom ist Leiter des Instituts und Vorsitzender des Vereins.